Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 24 (1932)

Heft: 9

Artikel: Die Bedeutung der Kaufkraft in der Krise

Autor: Weber, Max

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352571

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 19.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

tung, alles zu tun, was geneigt wäre, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Es gibt auch eine Solidarität mit den betroffenen Arbeitslosen, die uns zwingt, allen Möglichkeiten Rechnung zu tragen. Es scheint eher tragbar, die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen, als eine derartige grosse Zahl Arbeitsloser hungern und Not leiden zu lassen. Die Arbeitslosigkeit hat bekanntlich nicht nur eine finanzielle Seite, sondern auch eine moralische.

Wir würden es begrüssen, wenn die zuständigen Instanzen diesem Problem in nächster Zeit alle nötige Beachtung schenken würden. Es wird an der Arbeiterschaft liegen, auch in dieser Richtung mit neuen Ideen einen Ausweg aus der Wirrnis der heutigen Zeit zu suchen.

Die Bedeutung der Kaufkraft in der Krise.

Beitrag zur Diskussion über die Löhne.

Von Max Weber.

Die konsequenten Hinweise der gewerkschaftlichen Presse auf die Folgen des Lohnabbaues haben Eindruck gemacht in der Oeffentlichkeit. Auch in Kreisen, die der Arbeiterschaft vollständig fern stehen, insbesondere im Gewerbe und in der Landwirtschaft, ist man sich heute klar, dass der Lohnabbau für unser Land eine gewaltige Verschärfung der Krise bringen muss. Diese Volksschichten lassen sich deshalb nicht so leicht, wie sich die Unternehmer das wünschen, als Vorspann benutzen, um die Arbeiterschaft auf ein niedrigeres Existenzniveau zurückzuwerfen. Manche Vertreter von Landwirtschaft und Gewerbe erklären sich überhaupt gegen den Lohnabbau, andere mischen sich nicht in die Diskussion ein und überlassen diese Fehde den Sekretären und Journalisten der Unternehmerverbände.[1]

Es ist daher begreiflich, dass man sich im Unternehmerlager die grösste Mühe gibt, die Wirkungen des Lohnabbaues in einem ganz andern Licht erscheinen zu lassen und die Argumente der Gewerkschaften zu widerlegen. Dabei machen sich die Unternehmerverteter ihre Aufgabe aber etwas allzu leicht. Sie übernehmen nämlich einfach die Argumente, die in Deutschland in der Lohndiskussion verwendet werden, um sie unverändert anzu-

---

[1] Dieser Umstand hat die Unternehmersekretäre offenbar in Harnisch gebracht, denn in der « Arbeitgeberzeitung » vom 20. August haben sie endlich Worte gefunden, um auf die Stellungnahme der Arbeitnehmerorganisationen zur Krise eine Antwort zu geben. Wir können hier auf diese Antwort nicht eintreten, da erst der erste Teil einer anscheinend längeren Polemik vorliegt, die sich noch zu keiner entscheidenden Frage äussert. Festgehalten zu werden verdient allerdings, dass das wöchentlich erscheinende Organ des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeberorganisationen fast fünf Monate gebraucht hat, bis es auf die Kundgebung der Gewerkschaften eine Antwort fand.

wenden auf die Schweiz, obwohl bei uns vollständig andere Voraussetzungen vorliegen. Es ist daher angezeigt, diese Behauptungen etwas näher unter die Lupe zu nehmen.

Ein beliebtes Argument in der Unternehmerpresse lautet: « Die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften ist falsch und längst durch die Praxis widerlegt; denn die Vereinigten Staaten sind durch ihre hohen Löhne von der Krise nicht verschont geblieben; sie wurden im Gegenteil äusserst scharf von ihr betroffen. » Das ist wohl so ziemlich der naivste Einwand, der von Arbeitgeberseite erhoben wird. Zunächst ist zu sagen, dass die Gewerkschaften gar nicht die Ehre für sich beanspruchen, ein Monopol auf die Kaufkrafttheorie zu besitzen. Massgebende Wissenschafter und geniale Unternehmer, wie namentlich ein Henry Ford, haben schon längst eingesehen, dass die industrielle Rationalisierung nur einen Sinn hat bei gleichzeitiger starker Steigerung der Kaufkraft der Massen. Nur dann wird es möglich sein, die mit Hilfe der Rationalisierung enorm gesteigerte Produktion auch abzusetzen. Auf diese Zusammenhänge haben die Gewerkschaften freilich immer wieder aufmerksam gemacht. Allein sie haben nie behauptet, dass es möglich sei, durch hohe Löhne die Krise zu verhindern. Damit würden wir ja unsere Auffassung, dass die Krisen die Folge der planlosen kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind, aufgeben, wofür nicht der geringste Grund vorliegt. Die Krisen des Kapitalismus können bei hohen wie bei niedrigen Löhnen auftreten. Was aber die Kaufkrafttheorie besagen will, ist das, dass die Krise nicht durch Lohnabbau überbrückt werden kann, dass im Gegenteil eine Reduktion der Löhne und Gehälter eine Krisenverschärfung bringt.

Nun ist es selbstverständlich, dass das nicht unter allen Verhältnissen in gleicher Weise gilt, und es können je nach den sonstigen Bedingungen gewisse Einschränkungen gegenüber dieser Auffassung erforderlich sein.

Die Haupteinwände, die aus dem Unternehmerlager erhoben werden, lauten: Fs stellt nicht nur der Teil des Volkseinkommens Kaufkraft dar, der in Form von Arbeitslohn ausbezahlt wird, sondern auch der Unternehmergewinn und der Kapitalprofit. Diese Teile des Volkseinkommens werden für den Konsum von Luxus ausgegeben und zum Teil akkumuliert, d. h. in Kapital verwandelt. Sie sind dann Kaufkraft entweder für Luxuskonsum oder für Kapitalgüter. Eine Verminderung des Einkommens der Unternehmer und Kapitalistenklasse hat eine Einschränkung dieses Konsums zur Folge, was die Krise ebenfalls verschärft. Ausserdem muss die Kapitalbildung in einem bestimmten Verhältnis stehen zum Massenkonsum. Eine Störung dieses Verhältnisses, vor allem eine Verminderung der Kaufkraft für Kapitalgüter zugunsten der Kaufkraft für Konsumgüter führt zur Krise oder zur Krisenverschärfung. Ueberdies bedeuten die Löhne nicht nur Kaufkraft, sondern auch Produktionskosten, und

die Krise kann nur überwunden werden durch Senkung der Produktionskosten, d. h. Senkung der Löhne.

Das erste Argument stammt noch aus der Kindheit der liberalen Wirtschaftstheorie. Damals hatten die Nationalökonomen ständig Angst, es sei zu wenig Kapital vorhanden, und sie erblickten im Kapitalmangel die wichtigste Krisenursache. Die Wirtschaftswissenschaft ist schon längst von dieser einseitigen Betrachtung abgekommen; und in der gegenwärtigen Krise sieht ja jeder Mensch mit durchschnittlicher Intelligenz, dass sie nicht auf Kapitalmangel zurückgeht, sondern dass im Gegenteil die Entfaltung des Konsums mit der Ausdehnung der Produktivkräfte nicht Schritt gehalten hat. In einigen Ländern, vor allem in Mitteleuropa, liegen freilich besondere Verhältnisse vor, auf die wir noch eingehen wollen.

Die sozialpolitische Theorie in Deutschland hat sich in letzter Zeit sehr intensiv mit dem Lohnproblem beschäftigt und eine Reihe trefflicher Arbeiten hervorgebracht.[2] Wenn die schweizerischen Unternehmervertreter schon diese Theorie benutzen wollen, so müssen wir sie jedoch bitten, sie wenigstens in den Grundzügen anzuführen und dann auf die konkrete Lage der Schweiz anzuwenden.

Grundlegend sind die Darlegungen von Massar. Er hat speziell die Frage untersucht, wie die Forderung nach hohen Löhnen bzw. nach Lohnsteigerung wirtschaftstheoretisch zu beurteilen ist. Dabei unterscheidet er folgende Faktoren, die als Begründung für hohe Löhne oder auch dagegen angeführt werden können: Arbeitsleistung, struktuelle Kaufkraft, Kapitalbildung, Export, konjunkturelle Kaufkraft.

Das Leistungsargument, wonach höhere Löhne wünschenswert sind, weil sie eine Steigerung der Arbeitsleistung bewirken, sei heute in den Hintergrund getreten. Es spielt auch für unsere Gewerkschaften keine ausschlaggebende Rolle gegenwärtig, wo ja ohnehin viel zuviel Waren produziert werden, und das Problem nicht in der Produktionssteigerung, sondern auf der Kaufkraftseite liegt.

Die Argumentation mit der strukturellen Kaufkraft geht aus von der Erkenntnis, dass eine Produktionssteigerung für Massengüter keine entsprechende Erhöhung der Produktionskosten erfordert, sondern mit relativ sinkenden Kosten durchführbar ist. Eine Erhöhung der Arbeiterlöhne, die eine grössere Nachfrage

---

[2] Es seien hier von den neuesten Schriften jene erwähnt, die von der Deutschen Gesellschaft für soziale Reform als Berichte an die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt gerichtet worden sind:

Karl Massar. Lohnpolitik und Wirtschaftstheorie. Verlag: Mohr, Tübingen, 1932. 172 Seiten.

J. Marschak. Die Lohndiskussion. Mohr, Tübingen. 1930. 39 Seiten.

Ludwig Heyde. Die Lohnfrage. G. Fischer, Jena. 1932. 62 Seiten.

Alle drei Arbeiten zeichnen sich durch grosse Objektivität aus.

nach Massengütern hervorruft, bedeutet somit eine Kostenersparnis. Dieser Faktor spielt selbstverständlich auch eine Rolle in der Krise in umgekehrter Weise: Jedes Nachlassen der Massenkaufkraft ist mit einer Steigerung der Produktionskosten verbunden, weil sich die festen Kosten auf einen immer kleiner werdenden Warenumsatz verteilen.

Eine besondere Bedeutung erhält jedoch die Argumentation mit der Kaufkraft unter dem Einfluss der Konjunkturschwankungen (konjunkturelles Kaufkraftargument): Eine Stärkung der Kaufkraft der Arbeiterschaft im Konjunkturaufstieg hat eine Milderung der Krisenerscheinungen zur Folge. Wir sind freilich mit Massar der Meinung, dass eine Vermehrung der Konsumtivkaufkraft der Löhne und Gehälter noch nicht zur völligen Behebung der Krisen und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führt, aber es muss mit allem Nachdruck unterstrichen werden, was der sehr vorsichtig operierende deutsche Lohntheoretiker beifügt: «Zweifellos dürfte die reale Stärkung der Kaufkraft eine jener Massnahmen sein, die im Verein mit andern Massnahmen (z. B. auch Umschichtungen innerhalb der Kaufkraft) geeignet sein können, im Verlauf einer normalen Absatzkrise grössere volkswirtschaftliche Verluste zu vermeiden».

Es können nun von zwei Seiten Einwände erhoben werden gegen die Politik der hohen Löhne. Das eine ist der bereits erwähnte Einwand, dass die Kapitalbildung geschmälert werde durch Erhöhung der Löhne (Kapitalbildungsargument). Demgegenüber kann zwar darauf hingewiesen werden, dass von einer gewissen Grenze an die Lohnerhöhung auch steigende Ersparnis zur Folge hat, so dass also auch auf Arbeiterseite Kapitalbildung erfolgt. Und schliesslich das Exportargument, das uns ja auch in der Schweiz zur Genüge bekannt ist aus den Artikeln der Unternehmerpresse: Die Löhne müssen denen des Auslandes angepasst werden, um den Export steigern oder doch aufrechterhalten zu können.

Wie schon bemerkt, liegen für Deutschland ganz besondere Verhältnisse vor, die auch auf die Lohndiskussion manchmal stark abfärben. Seit dem Kriege ist Deutschland ein Land des Kapitalmangels. Trotzdem beging es den Fehler, gewaltige Kapitalien zum Ausbau des Produktionsapparates zu verwenden, was sich nachher in der Krise zum grössten Teil als Fehlanlage herausstellte. Wenn das mit eigenen Mitteln geschehen wäre, so würde das einfach bedeuten, dass ein Teil des Volkseinkommens von den Unternehmern für den Verbrauch von Kapitalgütern verwendet worden wäre. Das Verhängnis der deutschen Wirtschaft ist jedoch, dass diese Kapitalien, die keine Produktivitätssteigerung herbeiführten, sondern heute einen Verlust darstellen, nicht aus eigenem Vermögen, sondern mit Auslandkapital finanziert wurde. Diese Schulden ans Ausland sollten jetzt in der Krise noch verzinst und abgetragen werden. Deshalb steht die deutsche

Wirtschaft unter ungeheurem Druck, und es ist verständlich, dass viele der Meinung sind, es sei nun in erster Linie Kapitalbildung nötig, um aus der Sklaverei der Auslandschulden loszukommen. Allein die deutsche Wirtschaft ist ein Fass ohne Boden, weil die Kapitalneubildung mehr als aufgewogen wird durch die Kapitalflucht, so dass die unerhörten Opfer, die die Arbeiterschaft zu tragen hat, nutzlos sind. Es ist übrigens ganz falsch, wenn die schweizerischen Unternehmer behaupten, dass die deutschen Nationalökonomen den Lohnabbau aus den erwähnten Gründen befürworten. Trotzdem keine Reserven vorhanden sind, trotzdem ein ungeheurer Kapitalmarkt herrscht, warnen sie vor der Politik des Lohnabbaues. Schon vor zwei Jahren hat Marschak das getan, und Massar weist gegenüber dem Einwand, dass die Lohnpolitik den Export erleichtern müsse, auf die wirtschaftlichen Grenzen der Exportsteigerung hin, die ja nur auf Kosten anderer Länder erfolgen kann und deshalb wirtschaftliche und politische Rückwirkungen haben muss. Dann fügt er bei: «Darüber hinaus wäre es aber auch vom sozial- und nationalwirtschaftlichen Standpunkt aus nicht richtig, die Exportpreise mittels Herabdrückung der Löhne der einheimischen Arbeiterschaft immer mehr zu verringern. Ein solches Bestreben würde letzten Endes darauf hinauslaufen, die Konsumenten im Ausland auf Kosten der Lebenshaltung der inländischen Lohnbezieher mit billigen Waren zu versorgen.»

Die Einstellung, die die schweizerischen Gewerkschaften zur Preis- und Lohnpolitik haben, berührt sich am ehesten mit dem, was Massar als konjunkturelle Kaufkrafttheorie bezeichnet. Die Krise ist in der Schweiz weniger durch Störungen im Wachstum der inländischen Wirtschaft ausgelöst worden als durch den Rückgang der Kaufkraft und auch des Kaufwillens im Ausland. Die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik ist nun darauf gerichtet, die an sich gesunde Inlandwirtschaft von der Krise möglichst zu verschonen. Darum die Forderung nach Haltung der Löhne auf dem bisherigen Niveau des Nominallohnes. Sie ist vollständig tragbar und verlangt keine Opfer für die Industrien und Gewerbe, die für den Inlandmarkt arbeiten. Im Gegenteil, das ist der einzige Weg, um diesen Unternehmungen befriedigende Beschäftigung zu sichern.

Ein Loch entsteht aber in jenen Wirtschaftszweigen, die aus Beziehungen mit dem Ausland Einkommen erwarben, namentlich durch Export, ferner auch aus dem Fremdenverkehr. Dieser Verlust muss irgendwie gedeckt werden; denn volkswirtschaftliches Einkommen kann nur aus produktiver Arbeitsleistung kommen, es entsteht keine Kaufkraft aus nichts. Wenn eine Einkommensschmälerung erfolgt von der Exportseite her, so wirkt das natürlich in unheilvollem Kreislauf zurück auf die andern Wirtschaftszweige. Es ist jedoch möglich, diesen Kreislauf wenigstens zu hemmen. Der Kaufkraftverlust der Exportindustrie kann zum

Teil gedeckt werden aus den Reserven, d. h. dem angesammelten Reinvermögen der Volkswirtschaft. Das kann in der Schweiz mit Leichtigkeit geschehen, weil sie ein reiches Land ist und weil ja hier keinerlei Kapitalmangel herrscht, sondern grosser Kapitalüberfluss. Die Kapitalien, die jetzt brachliegen und die bei erster Gelegenheit wieder ins Ausland exportiert würden, sollten verwendet werden zur Finanzierung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung und zur Unterstützung der Arbeitslosen. Das bedeutet gewissermassen die Ankurbelung oder Inganghaltung der Wirtschaft mit Hilfe der Sozialpolitik.

Es gibt zwei Formen, in denen dieser Gedanke verwirklicht werden kann. Der Staat kann sich die notwendigen Finanzmittel entweder durch Anleihen oder durch Steuern beschaffen. Die Steuer ist meines Erachtens vorzuziehen, weil der Staat, wenn er nicht eigene Bauten unternimmt, nachher das Produkt der Arbeit nicht selbst besitzt und doch die Schuld in irgend einer Weise tilgen muss. Aber in beiden Fällen werden die Mittel nicht dem Konsum entzogen. Die Anleihe würde die grossen Kapitalien anziehen, die heute flüssig sind. Es sind Gelder, die vielleicht auf Verwendung in der Produktion harren, aber sie werden nicht benötigt, bevor der Verbrauch von Konsumgütern gewaltig steigt. Auch bei der Mittelbeschaffung durch eine Steuer, wenn es in der von den Gewerkschaften vorgeschlagene Form in der Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen geschieht, wird die Konsumkraft nicht geschmälert, sondern die Mittel, die dem Fiskus abgeliefert werden müssten, würden sonst ebenfalls mehr oder weniger müssig bei den Banken liegen. Das gewerkschaftliche Krisenprogramm will also eine Umleitung von Mitteln, die heute grösstenteils nur eine latente Kaufkraft darstellen, in Kaufkraft, die sich unmittelbar auswirkt in einer Befruchtung der ganzen Wirtschaft.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: Die Lohndiskussion in Deutschland ist, soweit sie von objektiver Warte aus bestritten wird, weit davon entfernt, sich mit der Auffassung der Unternehmer zu decken. Das ist um so bemerkenswerter, als ja ihr Ausgangspunkt die verzweifelte Lage der deutschen Wirtschaft ist, die auf der Kapitalseite kein Ventil hat, um eine wirksame Abwehrpolitik gegen die Krise zu treiben. Die Schweiz in ihrer unvergleichlich günstigeren Lage kann ganz andere Wege beschreiten. Sie darf nicht die Abbaupolitik Deutschlands nachmachen, die auch unsere Volkswirtschaft in einen Industriefriedhof verwandeln würde. Daher setzen sich die Gewerkschaften mit allen Kräften ein für die Forderung nach Erhaltung der Kaufkraft.

Es geht um das Los von 100,000 Arbeitslosen und 800,000 unselbständig Erwerbenden. Ja, es geht um das Schicksal des ganzen Volkes. Die Unternehmer und Kapitalbesitzer kämpfen ihren Klassenkampf um die Erhaltung ihres Profits. Das können wir

ihnen nicht verwehren. Aber sie sollen nicht ihre Geldsackinteressen denen der Allgemeinheit gleichsetzen.

Die Gewerkschaften kämpfen wohl auch für eine Klasse. Allein es ist die Klasse der Besitzlosen, deren Existenzverhältnisse, zumal in der Krise, die allertraurigsten sind. Dieser Kampf für die Hebung der untern Volksschichten ist nicht nur eine soziale Notwendigkeit, er ist auch von grösster wirtschaftlicher Bedeutung. Und das Bewusstsein, für eine gerechte Sache zu arbeiten, gibt den Arbeiterorganisationen auch die nie erlahmende Energie, um selbst die schwersten Hindernisse mit der Zeit zu überwinden. Wir freuen uns, dass auch von wissenschaftlicher Seite diese Bedeutung der Gewerkschaften anerkannt wird. So schliesst Professor Heyde seine Schrift über die Lohnfrage mit diesen Worten der Anerkennung: « Gerade die unsägliche Geduld, die der Aufstieg der Massen erfordert, adelt die Arbeit der Gewerkschaften, gibt ihr die Würde Generationen überdauernden Wollens und Handelns ».

Zur Organisationsdichtigkeit der freien Gewerkschaften.

Von Fritz Giovanoli, Bern.

Dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund waren Ende 1931 207,000 Mitglieder angeschlossen. In dem im Juli d. J. erschienenen Bericht über die Gewerkschaftsverbände findet sich auch eine Aufteilung auf die Kantone. Um sich über die freigewerkschaftliche Organisationsdichtigkeit ein Bild zu machen, ist es nicht ohne Interesse, diese Bestände in jedem Kanton zu der Zahl der Arbeiter in Beziehung zu setzen. Da die auf der Volkszählung 1930 fussende Berufszählung noch nicht vorliegt, nimmt man am zweckmässigsten die durch die Betriebszählung 1929 festgestellten Arbeiterzahlen als Berechnungsgrundlage. Von der gewerblichen Betriebszählung wurden nicht nur die Betriebe der Industrie und des Handwerks, des Handels und des Verkehrswesens der Privatwirtschaft erfasst, sondern auch die sogenannten industriellen oder Regiebetriebe des Staates (Eidgenossenschaft, Kanton und Gemeinde), also z. B. die SBB, die Strassenbahnen, die Elektrizitäts- und Gaswerke usw. Somit kann man sagen, dass die Ergebnisse dieser grossen Zählung die Gesamtheit der Arbeiterschaft wiederzugeben vermag.

Im ganzen sind einschliesslich der gewerblichen Lehrlinge 792,000 Arbeiter (553,000 männliche und 239,000 weibliche) festgestellt worden. Berücksichtigt man, dass auch noch im Verwaltungs- und kaufmännischen Personal und ebenso beim besonders ausgeschiedenen technischen Personal gewisse Bestände mitgezählt sind, die zweifellos zur Arbeiterschaft (im engern Sinn) gehören, so kann man, um die zahlenmässige Stärke der in Industrie, Gewerbe,